

Laibacher Zeitung.

N^o. 110.

Dinſtag am 12. September

1848.

Herzogthum Krain.

Der Herr Pfarrvicar Jacob Skerl, von Ambrus, hat zur Unterstützung der tapfern k. k. Armee in Italien den Betrag von 7 fl. C. M. gewidmet.

Indem man denselben unter Einem an die Bestimmung gelangen läßt, wird dem edelmüthigen Geber hiesfür der Dank zu erkennen gegeben.

Vom k. k. Landes-Präsidium Laibach am 6. September 1848.

Ein zeitgemäßes Wort.

Wegen der Einführung der nationalen Sprache im amtlichen Gebrauche im Giller und Marburger Kreise ist nachstehendes Ministerial-Decret erlassen worden:

Nr. 1258/J. M. Ueber den Bericht vom 18. Mai 1848, Z. 6352, hinsichtlich des amtlichen Gebrauches der windischen Sprache im Marburger und Giller Kreise wird dem k. k. inner österr. k. k. Appellations-Gerichte mit Rücksendung der Berichts-Beilage aufgetragen, an die Gerichtsbehörden dieser Kreise zu verordnen, daß von denselben Urkunden, welche sie für Parteien aufzunehmen haben, auf deren Verlangen in windischer Sprache abzufassen seyen; daß ferner die Ausfertigung der gerichtlichen Erhebungen zwar wie bisher in deutscher Sprache zu geschehen habe, daß aber den Parteien auf ihr Verlangen die Uebersetzung in windischer Sprache kostenfrei verabfolgt werden müsse.

Sollten sich bei der Anwendung dieser Vorschrift erhebliche Anstände ergeben, so wären sie gutachtlich zu berichten. Wien, den 26. Juni 1848.

Der Minister der Justiz:
Somaruga m. p.

Die Bevölkerung des Marburger und Giller Kreises ist bei Weitem nicht so rein slovenisch, wie jene in der Provinz Krain, indem in den besagten Kreisen mehrere Städte und Märkte bestehen, in denen die deutsche Sprache die vorherrschende ist, was in Krain, mit Ausnahme des Bezirkes Gottschee, nicht Statt findet, und dennoch sind uns diese Kreise zuvorgekommen und haben den Beweis geliefert, daß man daselbst den gegenwärtigen Zeitgeist besser aufgefaßt habe. Ich glaube nicht, daß unsere Provinz in dieser Beziehung zurückbleiben werde, und ich kann von meinem gegenwärtigen Standpunkte mit Bestimmtheit aussprechen, daß dieß nicht geschehen kann und nicht geschehen darf.

Damit nun Niemand von der Erscheinung der nationalen Neuheit überrascht werde, so wäre wünschenswerth, daß diejenigen der vaterländischen Sprache bei Zeiten die gebührende Aufmerksamkeit schenken würden, die unausweichlich in die Lage versetzt werden, den vorbezeichneten Gebrauch machen zu müssen.

Damit mich jedoch nicht der Vorwurf der Unmaßung treffe, so erkläre ich ausdrücklich, daß ich meine Ansicht Niemanden aufdringen und mich nicht als Lehrmeister aufwerfen will, sondern nur Thatsachen bespreche, die wahr sind und allen Jenen zur Richtschnur dienen können, welche das Vaterland und das Volk lieben. — Wien am 6. September 1848. Ambros.

W i e n.

Mein lieber Freiherr v. Zelazich!

Die unzweifelhaften Beweise von Treue und Anhänglichkeit an Meine Dynastie, und die Interessen der Gesamt-Monarchie, die Sie seit Ihrer Ernennung zum Ban von Croatien wiederholt an

den Tag gelegt haben, gleichwie die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie Sich Meinen, behufs einer gegenseitigen Verständigung mit Meinem ungarischen Ministerium erlassenen Anordnungen Folge zu leisten bestreben, gaben Mir die Ueberzeugung, daß es nie in Ihrer Absicht gelegen seyn konnte, sich Meinen allerhöchsten Befehlen hochverrätherisch zu widersetzen, oder auf eine Lösung jenes Verbandes hinzuwirken, welche die Nebenländer Ungarns seit Jahrhunderten an Meine ungarische Krone knüpft, und welcher auch fortan zur festeren Begründung und Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt derselben dienen soll.

Es gereicht daher Meinem väterlichen Herzen zur besondern Beruhigung, daß Ich es von jenem Ausspruche abkommen lassen kann, den Ich in Meinem Manifeste vom zehnten Juni l. J. wegen einer gegen Sie einzuleitenden Untersuchung und Ihrer vorläufigen Enthebung von der Banal-Würde und allen militärischen Bedienstungen, auf den Grund von Unterstellungen, zu fällen veranlaßt wurde, die in Ihrer thatächlich erprobten treuen Ergebenheit die vollste Widerlegung finden.

Indem Ich in dieser Beziehung das Entsprechende an Meinen Herrn Vetter, den Erzherzog Palatin von Ungarn, erlasse, erwarte Ich auch ferner von Ihrem Pflichtgefühl und Ihrer loyalen Denkart, daß Sie in der Stellung, zu welcher Sie Mein Vertrauen erhoben hat, stets nur für das Wohl der Gesamtmonarchie, für die Aufrechterhaltung der Integrität der Krone Ungarns, und für die erspriessliche Entwicklung der Verhältnisse der ungarischen Nebenländer wirken werden.

Schönbrunn, den 4. September 1848.

Ferdinand m. p.

Wien, 9. September 1848. Die ungarische Deputation, welcher heute die 12. Stunde zur Audienz bei ihrem König anberaumt war, ist, wie wir eben hören, auf 5 Uhr Abends beschieden worden.

Von der ganzen Deputation werden nur zwei vorgelassen. Indessen machte die Deputation ihre Aufwartung beim Kriegsminister, worüber uns Folgendes benachrichtigt wird:

Die Ungarn stellten an den Kriegsminister die Forderung: Oesterreich solle Ungarn gegen die Rebellen unterstützen.

Graf Batour erwiderte, dieß sey für diesen Augenblick eine Unmöglichkeit.

Man sey genöthigt, wie sie wohl selbst wissen, immersort bedeutende Verstärkungen nach Italien zu senden, das Bundes-Contingent müsse gestellt und die nördliche Gränze müsse gleichfalls durch eine bedeutende Truppenmacht besetzt und gewahrt werden. Es sey also für den Augenblick eine physische Unmöglichkeit, Ungarn mit Truppen zu unterstützen, wenn man auch wollte.

„Nun denn, so müssen wir uns selbst helfen,“ plakte einer der Deputirten heraus; „wir werden ein Dictatorium, eine provisorische Regierung errichten.“

„Dann“ entgegnete mit Bedeutung der Kriegsminister, „werden wir auch Truppen für Sie haben! Adieu meine Herren!“

Wir theilen nachstehendes, sehr treffendes Urtheil über unsern Deputirten Kaučič mit, welches im 29. Hest der Zeitschrift „Hanns Jörgels“ enthalten ist. Es wird darin gesagt: Kaučič ist ein erfahrener Jurist — erspricht mit achtungswerther Gründlichkeit — tritt gern verjöhnend zwischen die Nationalitäten — ist fleißig mit Erfolg — Biedermann.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 16. August l. J., die Errichtung eines unbefoldeten Consulats auf der Insel St. Helena zu genehmigen, und zum Consul daselbst den dortigen High Sheriff, Saul Solomon, mit der Berechtigung zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren, allergnädigst zu ernennen geruhet.

Se. k. k. Majestät haben den Giller ersten Kreis-Commissär, Johann Schmeizer, zum Kreishauptmann zu Gili in Steyermark zu ernennen geruhet.

Das Ministerium des öffentlichen Unterrichtes hat, um über die außer Oesterreich befindlichen Volksschulen und Volkslehrer-Bildungs-Anstalten dem hiesigen Lehrstande die nöthige Gelegenheit zur anschaulichen Kenntniß und zur Erzielung zweckmäßiger Resultate für die Verbesserung unseres Schulwesens zu verschaffen, die Sendung von vier hiesigen Schulmännern nach der deutschen Schweiz und dem übrigen Deutschland verfügt. Die Wahl der Lehrer traf die Directoren Köhler und Hieser und die Lehrer Spitzer und Lang. Sie haben ein Programm ihres Planes vorgelegt, und werden von den Ergebnissen ihrer Reise seiner Zeit Bericht erstatten.

Dem Kriegsministerium ist ein Bericht des F. M. Grafen Radetzky aus Mailand vom 2. d. M. zugekommen, wornach der F. M. E. Baron d'Aspre mit dem 2. Armeecorps und den demselben zugetheilten Brigaden, Strassoldo und Maurer, die Schaaren Garibaldi's geschlagen, versprengt und zur gänzlichen Räumung des österreichischen Gebietes gezwungen. Am 31. August haben sich die letzten Ueberreste dieser Bande auf den Dampfschiffen des Lago maggiore nach Locarno geflüchtet und daselbst vollends zerstreut. Allen eingegangenen Nachrichten zu Folge begab sich auch Garibaldi dahin. Nachdem die beiden Dampfschiffe noch denselben Tag Abends mit weißen Fahnen versehen nach Arona zurückkehrten und sich jetzt wieder in den Händen ihrer rechtmäßigen Eigenthümer befinden, so scheint es, als ob die genannten Schaaren auf jede weitere Absicht zur abermaligen Störung der Ruhe auf österreichischem Gebiete für immer verzichtet haben.

Im Nachhang zu den schon früher zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Verhandlungen in Rovigo zwischen dem F. M. E. Baron Welden und den päpstlichen Commissären, sieht sich nunmehr das Kriegsministerium in der Lage, gestützt auf eine Meldung des genannten F. M. E. aus Padua vom 1. d. M. erklären zu können, daß die freundschaftlichen Unterhandlungen mit dem heiligen Stuhl immer weiter schreiten.

Die päpstliche Regierung hat bereits selbst anerkannt, daß die Vorrückung Welden's gegen Bologna keinen andern Zweck hatte, als die Crociati zu vertreiben. Sie schreitet nunmehr selbst zur Entwaffnung dieser Schaaren, wie das am 22. August erlassene sehr bezeichnende Decret des Ministers des Innern (abgedruckt in der Bologneser Zeitung „La dieta italiana“ vom 27. August) beweist.

Zu Folge eines dem Kriegsministerium erstatteten Berichtes des F. M. E. Baron Welden aus Padua vom 3. September sind die unterm 15. August in Rovigo begonnenen Unterhandlungen nunmehr zum Abschlusse eines Vertrages geblieben, der hiermit in vollinhaltlicher Uebersetzung bekannt gemacht wird:

Ferrara, den 1. September 1848. Sr. Exc., der Graf Lovatelli, Prolegat von Ferrara, und der Herr General Susan, hiezu bevollmächtigt von Sr. Exc., dem Hrn. F. M. L. Welden, sind heute am 1. Sept. 1848 über nachstehende Punkte übereingekommen:

I. Die beiderseitigen Gefangenen werden zurückgegeben. Die österreichische Regierung hat bereits 93 Schweizer in Stellata und 12 römische Gefangene in Ferrara zurückgestellt; sie verpflichtet sich auch bei allen andern in ihrem Gewahrsam befindlichen römischen Unterthanen dasselbe zu beobachten. Andererseits werden in Pontelagoscuro 2 Officiere und 56 Mann österreichische Gefangene freigegeben.

II. Die beiden kais. Officiere erhalten ihre Waffen zurück. Mit ihnen der 56 Mann soll in kürzester Frist dasselbe geschehen. Gegenseitig werden aber auch alle in der Citadelle zu Ferrara aufbewahrten und der Provinz Ferrara zuständigen Waffen sogleich ausgeliefert.

III. Die k. k. Truppen räumen bis morgen, als den 2. September, das gesammte päpstliche Gebiet, mit Ausnahme der Citadelle in Ferrara.

IV. Der Herr General Susan hat aus Sanitätsrücksichten verlangt, die Garnison der genannten Festung alle 14 Tage zu wechseln. Der Graf Lovatelli verspricht, seine Regierung anzuzeigen, daß dieser Garnisonwechsel alle sechs Wochen oder zwei Monate Statt finden könne.

V. Der Herr General Susan begehrt auch den Gebrauch der päpstlichen Ueberfuhr bei Quadrelle oder Ficcarolo, um sich der Herstellung einer solchen in unmittelbarer Nähe alda zu entheben, und die Verwickelungen mit den päpstlichen Mauth-Behörden zu vermeiden. Man bewilligt solches bis zum Einlangen der höheren Entscheidung aus Rom.

VI. Man verwilligt die anverlangte freie Communication für den Unterofficier, welcher die Post aus der Citadelle nach Santa Maria Magdalena über Ponte Lagosciero besorgt.

VII. General Susan begehrt endlich, daß man Nachforschungen über zwei Dragoner anstelle, die bei der letzten Bewegung gegen Bologna, in der Richtung von Trebbe und Martignone entsendet worden, und seither nicht zurückgekehrt sind. Auch dieses soll geschehen und der Erfolg mitgeteilt werden.

VIII. Alle Po-Ueberfuhren, welche sich in österreichischen Händen befinden, so wie alle Schiffmühlen werden augenblicklich ihren Eigenthümern oder der päpstlichen Regierung zurück gegeben.

Susan, G. M. Graf Lovatelli, Prolegat.

Was die Reconvalescenten jener Truppentheile betrifft, welche in der Citadelle zu Ferrara liegen, so können selbe ungehindert zu ihren Compagnien stoßen, so wie auch andererseits im Fall das Bataillon alda ein kleines Detachement zum Regimentsstab nach Padua abzusenden, oder von dort Mannschaft an sich zu ziehen hätte, um den Abgang auf den vorgeschriebenen Stand zu ergänzen, derlei Transporte ohne allen Anstand hin und hergehen können.

Ferrara, am 2. September 1848.

Graf Lovatelli, Prolegat. Susan, G. M.
Vorbehaltlich der höheren Genehmigung.

Radical und antiministerielle Presse.

(Schluß.)

Wir fragen jeden Unbefangenen, welchen Eindruck muß es machen, wenn man die Verhandlungen des Reichstags, der doch von allen Besonnenen als einziger Hoffnungsstern betrachtet wird, in gewissen Blättern — nicht bloß in der „Kakemonie“ — bis zur erbärmlichsten Caricatur, zur Zielscheibe muthwilligen Spottes entwürdigt findet. So hat kein französisches Blatt die Kammer der Corruption zu behandeln gewagt, und der winzigste Scribler Englands würde erröthen, sein Parlament also im Noth zu schleifen. Der Gebrauch der Pressfreiheit hat nicht bloß äußere Gränzen, welche das Pressgesetz bestimmt; über ihm waltet noch das Gesetz der sittlichen Würde.

Die Lage des Ministeriums hat sich in neuester Zeit dadurch, daß es nicht bloß von radicalen, sondern von sichtlich conservativen Organen angefeindet wird, eigenthümlich gestaltet. Das bekannte Tagblatt „die Presse“ enthält in Nr. 56 folgenden Passus:

„Nicht die geringste Andeutung über die Weise, wie sie die Entschädigung verstehen können, über die Natur der einzelnen Rechte ist in bestimmter Form ausgesprochen worden. Denn die Vorschläge Herrn Bach's und die Bemerkungen des Finanz-Ministers haben jene Stetigkeit nicht erlangt, welche in solchen Fragen Mittel einer möglichen Einigung wird.“

„Oder scheint es dem Ministerium gleichgültig, wie diese Entschädigung geboten wird und von wem sie ausgeht, und meinen sie, ihre Verantwortlichkeit dem Lande gegenüber könne durch einen bloßen Schein, durch ein unbestimmtes Angeben einer nicht begründeten Ansicht gerettet werden? oder halten sie es noch für möglich, sich auf die Seite hinzuneigen, von welcher sie, wenn man nach den letzten Tagen schließen darf, so manchen Sturm befürchten? Glauben die Minister wirklich, daß in dem bloßen Worte „Entschädigung“ die Zauberformel liege, welche die bösen Geister der Zwietracht für immer ferne hält? Ist es gleichgültig, welche Rechte entschädigt werden? welche als persönliche, welche als dingliche erklärt werden? — Und doch ist es so, denn sie schweigen, sie sehen ruhig zu, wie die dunkle Fluth der Verwirrung an den Stufen des Hauses in jedem Augenblicke der Berathung sich höher und höher wälzt, wie die Binde des Wahnsinns jeden Augenblick um die Häupter der Priester des Volkes fester geschlungen wird.“

Dieses Blatt gefällt sich in einer eben so heftigen, als principlosen Opposition gegen das Ministerium. Gerüstet mit der Kunst, seine wahren Gedanken hinter tönenden Worten zu bergen, strebt es vorzüglich, durch unbestimmten, zweideutigen Ausdruck zu wirken. Blicken wir seinen Vorwürfen tiefer auf den Grund. Was hat das Ministerium in der Entschädigungsfrage gethan? Es hat sich für das Princip der Entschädigung unumwunden ausgesprochen, und das ist „nicht bloßer Schein, nicht unbestimmtes Angeben einer grundlosen Absicht, nicht furchtames Schwanken nach einer Seite hin.“ Es hat das Princip der Concurrenz des Staates bei der Leistung der Entschädigung anerkannt, und für die Feststellung der Einzelbestimmungen der Kammer die Bildung einer Commission empfohlen; beides ist gewürdigt worden. Um die von der „Presse“ vermiste „Stetigkeit der Vorschläge“ zu gewinnen, hätte wohl ein Gesetzentwurf vorgelegt werden sollen? Aber man erwäge, daß die Fülle der Urbarialasten eine unendlich mannigfaltige, eine nicht nur von Provinz zu Provinz, sondern von Kreis zu Kreis wechselnde ist, daß der Regierung bei Sammlung der nöthigen Daten in letzter Instanz nur partielle Quellen, nämlich die Patrimonial-Behörden, zu Gebote stehen, und daß die bloße Zusammenstellung dessen, was zu entschädigen kommt, eine vor Monaten gar nicht zu beendende Riesenarbeit ist; und man wird zugeben, daß die Regierung das vollste Recht hatte, sich nur auf die Darlegung von Grundsätzen zu beschränken, und auf die Bildung eines fachkundigen Ausschusses hinzudeuten, der Hand in Hand mit der Regierung vorgehen wird. Wenn die Frage jetzt eine ernste und bedrohliche Wendung nahm, „wenn die dunkle Fluth der Verwirrung sich höher und höher an den Stufen des Hauses wälzt“, so ist dieß nicht die Schuld des jetzigen Ministeriums. Es ist die alte Schuld von Jahrhunderten, die man vor dem Ausbruche der Umwälzung zu tilgen säumte, ein angenehmes Erbstück jener Administrations-Methode, deren Souvenirs der „Presse“ sehr kostbar zu seyn scheinen. Es kann sich folglich nur noch um das Wie der Entschädigung, um den Fond handeln. Der Finanzminister hat gesagt, daß er die Uebernahme eines Theiles der Entschädigungslast auf den Staat für ausführbar halte. Hätte er mehr versprechen sollen, als er halten zu können glaubte? Die Ausmittelung

des Fonds ist wahrlich keine Kleinigkeit, und die Kammer hätte wohl Unrecht gethan, wenn sie das im Special-Votum vom 31. August nicht durch eine Hauptabstimmung wieder behoben hätte. Die Entlastung zu befehlen und die Entschädigungspflicht ausschließlich auf die Schultern der angeblich Entlasteten zu wälzen, wäre eine Ironie, deren wir die „Presse“ bei so ernster Zeit nicht fähig halten. Sind ihr Vorschläge und Mittel bekannt, um leicht und rasch zum Ziele der Entschädigung zu gelangen, so halte sie im Interesse des Vaterlandes mit ihrer Weisheit nicht hinter dem Berge. Nur Klarheit, Bestimmtheit und Aufrichtigkeit vor Allem!

Reichstags - Berichte.

Sitzung v. 5. September.

(Schluß.)

Löhner interpellirt den Justiz-Minister: In Szegedin seyen seit 1831 500 Italiener gefangen. Das vorige Ministerium gab auf eine Anfrage des ungarischen Ministeriums keine Antwort; das ungarische Ministerium fragte ein zweites und drittes Mal an, mit dem Bedeuten, bis 1. September fast sämtliche Gefangene nach Wien schaffen zu wollen; die Antwort des Ministeriums lautete: man habe den Hofcommissär Montecuccoli beauftragt, für Unterbringung dieser Leute in Italien zu sorgen, und bitte das ungarische Ministerium die Verschaffung nach Wien zu verhindern. Dieß dann ein angebliches ministerielles Schreiben in dieser Angelegenheit an Montecuccoli. Daraus geht also hervor, daß bei 500 Leuten wegen „Hanges zu geschwizigen Handlungen“ seit 1831 in Szegedin eingesperrt seyen, und das jetzige Ministerium hat nicht Anstand genommen, sie noch immer der Freiheit beraubt zu lassen. Fragt 1), ob die Zuschriften des ungarischen Ministeriums bekannt seyen; 2) ob es selbe auf den Tisch des Hauses legen wolle; 3) wie es selbe ganz dem Grafen Montecuccoli überlassen konnte; 4) wie es selbe nicht gleich freilassen konnte; 5) ob es die Instruktionen des Grafen Montecuccoli auf den Tisch des Hauses niederlegen wolle?

Bach, ob der Abgeordnete von Saag nicht auch die letzte Zuschrift des ungarischen Ministeriums kenne. Er habe vergebens nachgeforscht, warum die Anhaltung geschehen sey und habe sich daher an Montecuccoli gewendet, um in Italien die nöthigen Maßregeln zu treffen. Das ungarische Ministerium habe gegen die Freilassung in Ungarn protestirt; stellt sich kein Grund der Anhaltung hervor, so werden diese Leute in Italien freigelassen werden. Die Instruktionen Montecuccolis und des Justizcommissärs werden vorgelegt werden.

Fedorovitch fragt, ob Verfügungen getroffen sind, daß Zarnopol u. s. w., wegen der Cholera die nöthige ärztliche Hilfe habe u. s. w.

Doblhoff könne nur die allgemeinen Maßregeln angeben. Es sind schon Aerzte von hier abgereist, von denen bald Berichte einlaufen werden, auch bezüglich alles andern Nöthigen ist Vorsorge getroffen.

Smolka interpellirt den Minister des Innern, was in Galizien geschehen, wo man noch immer die Errichtung von Nationalgarden hindert, z. B. ein Bürgermeister erklärte: Radetzky hat Mailand erobert und ihr Narren denkt noch auf eine Nationalgarde! Wird dieß schriftlich einreichen und um Abstellung bitten.

Reimershofer interpellirt wegen den Beschwerden, die noch immer dem Uebertritte zum evangelischen Glauben entgegenstehen. Was geschehen, solchen Gewissenszwang hintanzuhalten?

Doblhoff. Es sind schon Erleichterungen getroffen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Weigel nimmt seinen Antrag zum Rudlich'schen Antrage zurück.

Stiebers Antrag wird für schon erledigt erklärt; ebenso der Zugerkon's, Witz's; Suganz weist seinen Antrag der Commission zu. Herzog ebenso, mit dem Vorbehalte der Wiederaufnahme, wenn ihn die Commission nicht erledigte.

Nun kommt der Antrag des Abg. Borrosch; Bakann wünscht ihn selbstständig nach der Geschäfts-Ordnung behandelt. Borrosch unterstützt dieß. Restl beantragt, daß der Antrag Borrosch's unmittelbar nach dem Rudlich'schen behandelt werde. Löhner macht den Präsidenten aufmerksam, daß Borrosch nur unter dieser Bedingung jetzt zurücktrete. Ob dieß die Kammer billige, sey nun eben die Frage. Lasser meint, wenn es ein selbstständiger Antrag sey, müsse er wie ein solcher behandelt werden, also unterstützt und entweder an die

Abtheilungen verwiesen oder zur Vollberathung gezogen. Maier wünscht zuerst entschieden, ob es ein Verbesserungsantrag oder ein selbstständiger sey. Im letztem Falle ist er aber erst seit heute als selbstständig zu betrachten. Bresl, der Antragsteller, verzichtet eben nur dann auf die allgütige Berathung, wenn dem Antrage, als selbstständigem die Priorität gegeben wird. Borrosch erklärt, auch wenn letzteres verworfen würde, über den Antrag als Verbesserungsantrag die Abstimmung verlangen zu müssen.

Der Schluß der Debatte wird beschlossen.

Maier macht Borrosch auf einige Anachronismen aufmerksam, hält übrigens den ganzen Antrag für einen Verbesserungsantrag; eine weitere Debatte darüber sey überflüssig. Trojan stimmt dem ganz bei, besonders wenn alle Punkte des Antrages nochmals debattirt werden sollten. Einige Absätze freilich sollten als selbstständige Anträge herausgehoben werden. Eine Feststellung der Tagesordnung für längere Zeit könne er nicht zugeben. Helfert behauptet dasselbe.

Bresl nimmt seinen Antrag zurück.

Der 1. Punkt des Antrages Borrosch's wird dann als schon erledigt erklärt. Borrosch wünscht noch eine Verbesserung angebracht. Man läßt dieß zu und es wird beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen. Bresl trägt auf Trennung des 2. Absatzes in 3 Fragen an. Borrosch spricht dafür, daß man wenigstens die kleinste Freiheit, Löschung eines Wortes, ihm gönne.

Laffer vermahnt sich dagegen, denn das Auslassen des Wortes „volle“ sey ein neuer Verbesserungsantrag. Weist dann auf diejenigen Punkte der schon gefassten Beschlüsse hin, wodurch der 2. Punkt des Borrosch'schen Amendements theilweise schon erledigt ist. Borrosch will entgegen reden, doch trifft ihn nicht die Reihe. Zonak wünscht zur Tagesordnung übergegangen. Löhner legt Protest ein; habe Laffer sich auf das Gebiet der Debatte gemacht, so wolle er auch sein Recht darauf wahren. Bresl will namentliche Abstimmung, um zu wissen, wer durch Uebergang zur Tagesordnung die Kammer erdrücken wolle. Er wird gehörig unterstützt und auch 10 Minuten Aufschub werden zugestanden. Nieger bemerkt, daß jede Debatte über diesen Gegenstand nicht gestattet sey. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird erklärt, der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung sey zurückgenommen; doch wird auf Hein's Antrag der Schluß der Debatte beschlossen. Zonak ist gegen Theilung des Antrages, weil die Kammer sich früher gegen Theilung einzelner Amendements ausgesprochen habe. Sie möge ihre eigenen Beschlüsse ehren. Hein spricht gegen die Art der Theilung. Brauner. Der 2. Absatz ist schon in den früher gefassten Beschlüssen enthalten, und die Auslassung des Wortes „volle“ Entschädigung erscheint ihm als Versuch, einen früheren Kammerbeschuß umzustößen. Löhner spricht sich dagegen aus, daß es dem Abg. Laffer wie Keinem gegönnt war, sich in eine Debatte einzulassen, eine Parallele zwischen seinem und Borrosch's Antrag zu ziehen. Ferner kann man nicht zugeben, daß die bloße Weglassung eines Wortes Verbesserung sey. (Zischen und Spotten Seitens der entgegengesetzten Partei unterbricht ihn.) Theilung der Fragen ist zulässig; denn § 76 ward vor wenigen Tagen erst als wieder geltend erklärt. Darauf besteht er. Bresl bestätigt dieß. Im 2. Absätze des Borrosch'schen Antrages sey die Entschädigung durch den Staat etwas Neues, noch nicht Entschiedenes. Beck stimmt Laffer bei. Ist auch dafür, daß die Weglassung des Wortes „volle“ eine wesentliche Modification sey, keine bloße theilweise Zurücknahme. Trojan erklärt, er wisse nicht, daß man nachträgliche Abänderungen zuließ, nur Druckfehler ließ man im Laffer'schen Antrage verbessern. Ob die Trennung gestattet sey, müsse die Kammer entscheiden. Szabel macht auf die Inconsequenz aufmerksam, daß man am 1. September keine Debatte über einen wichtigen selbstständigen Antrag zuließ, und heute eine Debatte eröffnet über einen ganz zum Rudlich'schen Antrage gehörigen Gegenstand.

Borrosch. Ueber die Berichtigung der Zurücknahme eines Theiles seines Antrages erkennt er keinen Zweifel. Er verstand immer nur volle, „billige“ Entschädigung. Auch beim Laffer'schen Antrage kamen ganz merkwürdige Druckfehler vor, z. B. durch Vermittlung des Staates, und Niemand hatte etwas gegen ihre Verbesserung. Er gebraucht dann das Wort. In jeder rationalen Gehirnkammer gesteht man das Recht zu, im Einzelnen bejahte, im Ganzen verworfene Anträge, wieder als Ganzes vorzubringen; die Rechte und Centrum zischen und rufen zur Ordnung; die Linke klatscht lebhaft.

Goldmark meint, nach der Geschäftsordnung sey über die Trennung kein Kammerbeschluß Noth. Wird widerlegt.

Der Antrag, diesen zweiten Punkt zu trennen, wird verworfen.

Der ganze zweite Punkt des Borrosch'schen Antrages wird als erledigt erklärt.

Abg. Herndl verlangt, da er nur bedingt seinen Antrag zurückgenommen habe, ihn jetzt zu discutiren; dieß kann nicht gestattet werden.

Der 3. Absatz im Borrosch'schen Antrage wird als schon erledigt erklärt; der 4., 5., 6. u. 7. Punkt ebenfalls. Beim 8. Punkt begehrt Borrosch namentlichen Anruf. Nach 10 Minuten Frist nimmt Borrosch seinen Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf zurück, und über die nachfolgenden §§ seines Amendements wird wie gewöhnlich abgestimmt. Der 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14. und 15. Punkt werden mit Majorität durch den Laffer'schen Antrag als erledigt erklärt. Hierauf kommt der Antrag des Abg. Peitler zur Abstimmung. Der erste Punkt ist als bereits erledigt vom Antragsteller zurückgenommen worden, ebenso der 2., 3., 4. und 5. Punkt. Für den 6. Punkt verlangt der Antragsteller die Abstimmung durch Namensaufruf, worauf der Antrag auf 10 Minuten Zeit hinlänglich unterstützt wurde. Peitler nimmt darauf den 6. Punkt zurück unter der Voraussetzung, die Commission werde nicht den Landmann allein die Last tragen lassen. Peitler nimmt auch 7, 8 und 9 zurück, bis auf den 10. Punkt. Die Aufhebung der vorerwähnten sogenannten Feudallasten, so wie die Verzinsung der Entschädigungsbeträge für die Verpflichteten beginnt vom 1. September 1848. Doch auch dieser Punkt wird als schon erledigt erklärt.

Wasil Kirski überweist seinen Antrag der Commission.

Brauner wünscht seinen Antrag erst zuletzt behandelt. Also kommt zuerst der Podievski's; dieser behält sich vor, seinen Antrag dem Entwurfe der Commission als Amendement zuzufügen.

Brauner: Der 1. Absatz eines Antrages entfällt; obwohl er weiter geht, als der Laffer'sche, so hofft er doch auf die Commission. Der 2. Punkt geht auch weiter, als der Laffer'sche, schränkt die Entschädigung mehr ein; nimmt aber auch diesen und den 3. Absatz zurück in derselben Hoffnung. Eben so den 4. und 5. Punkt.

Damit ist die Reihe der Verbesserungs-Anträge zum Rudlich'schen Antrage geschlossen.

Meier trägt auf Schluß der Sitzung an.

Borrosch hält die gefassten Beschlüsse für wichtig genug zur Beruhigung des Volkes und wünscht dieß in einer Proclamation geschehen.

Klaudy fordert Genugthuung von Borrosch wegen des Ausdrucks dieses, als hätte er seine politische Meinung durch Mittheilungen der Minister bestimmen lassen, was eine Unwahrheit sey. Fordert Zurücknahme dieser Forderung.

Präsident findet keinen Grund, den Abgeordneten Borrosch zur Ordnung zu rufen, und was anders könne nicht die Folge seyn.

Der Schluß der Sitzung wird beschlossen. Nächste Sitzung ist morgen um 10 Uhr.

Tagesordnung: 1) Vorlesung des Protocolls; 2) Wahl-Acten; 3) Formelle Fragen über Rudlich's Antrag; 4) Der Selinger-Sträfersche Antrag; 5) Die Gesegentwürfe zur Sicherstellung der Abgeordneten.

Österreichisches Küstenland.

Das „Journ. d. öst. Lloyd“ v. 9. Sept. berichtet aus Triest vom 8. d. M.: Sr. Exc., der F. M. E. Graf Gyulay hat folgende Kundmachung erlassen:

„Der abgeschlossene Waffenstillstand und die dießfällige Verständigung zwischen mir und dem Herrn Contreadmiral Albini, Commandanten der Seedivision Sr. Majestät, des Königs von Sardinien, machen von heute an dem Blockadezustande im österreichischen Küstenlande und somit der in Folge dessen eingesezten Militärregierung ein Ende.

Indem ich Sr. Exc., dem Herrn Gouverneur, die während der bedrohlichen Zeit in mir concentrirte politische Gewalt wiedergebe, erfülle ich die sehr angenehme Pflicht, den Bewohnern dieser Küste, insbesondere den Triestiner, für ihr musterhaftes Benehmen zu danken, wodurch es mir möglich wurde, meinen schwierigen Obliegenheiten ohne Anwendung der Strenge oder außerordentlicher Maßnahmen nachzukommen.

Auch die Behörden Triest's, welche mich mit altem Eifer und Bereitwilligkeit unterstützten, wollen

hiermit den Ausdruck meines tiefgefühlten Dankes empfangen.

Und jetzt, da das Waffengetöse gestillt ist und Alles sich friedlichen Gesinnungen hinneigt, wollen wir im Vorgefühl einer frohen und dauerhaften Zukunft des Friedens, der Wohlfahrt und der Eintracht unsern Freihafen von dem begeisterten Begehoh für unsern durchlauchtigsten constitutionellen Kaiser, für alle seine Völker, seine tapfere Armee und ihren großen Führer wiederhallen lassen.

Ich endlich, o Triestiner! werde ewig die Erinnerung an Eure Treue bewahren und stets die Wünsche für das rascheste und glänzendste Gedeihen dieser unserer getreuesten Stadt hegen, welche neuerdings ihren Ruf so glänzend bewährt hat.

Triest, 8. September 1848.

Gyulai,

Militär-Obercommandant des Küstenlandes.

Heute ist ferner folgende Bekanntmachung erlassen worden: „Da heute der Belagerungszustand der Stadt und des Hafens von Triest aufhört, während welchem die politischen Gewalten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sorge für die Vertheidigung und Sicherheit in der Militärbrigade vereinigt waren, so wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß mit dem heutigen Tage auch die Wirksamkeit der Bekanntmachung vom 13. Juni l. J. aufhört und die früher bestandenen amtlichen Beziehungen wieder in Kraft treten.“

Triest, 8. September 1848.

Der Gouverneur des österr. Mhr. Küstenlandes:

Robert Altgraf v. Salim.

Nach der bereits im „Journ. des öst. Lloyd“ gemachten Mittheilung hatte Albini die schriftliche Anzeige gemacht, daß er nach erfolgter Einschiffung der Truppen, im Laufe des Tages die Gewässer von Venedig verlassen werde.

Dieß ist aber nicht geschehen, denn heute traf abermals ein sardinisches Dampfsboot mit der Meldung ein, Albini werde mit den eingeschifften Truppen nur nach erhaltener Versicherung, daß man unserer nichts Feindliches gegen Venedig unternehmen wolle, seine Fahrt antreten. Wir finden kein passendes Wort, um dieses Benehmen zu bezeichnen, denn es steht in seiner Art einzig in der Geschichte da.

Eine der Hauptbedingungen des zwischen Radetzky und Carl Albert geschlossenen Waffenstillstandes war die Einschiffung der in Venedig befindlichen Truppen und die unmittelbare Abfahrt des Geschwaders. Diese Bedingung sollte schon längst erfüllt werden, allein Albini wußte stets Ausflüchte zu finden. Können wir nun anders glauben, als daß er im Einverständnisse mit seinem treulosen König gehandelt habe? Der Waffenstillstand wurde also verletzt, und wir sind sehr gespannt zu erfahren, in welcher Weise die Franzosen nun ihre Freunde rein waschen werden. (Albini ist bereits abgesehelt.)

Nachrichten vom Kriegsschauplatze aus Ungarn.

Das „Abbl. zur Wiener Itg.“ vom 6. Sept. meldet: Die Redaction hat aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß der ungarische Kriegsminister die Garnison in Esseg aufgefodert habe, sich zu erklären, ob sie den ungarischen Militärbehörden gehorchen werde, nachdem er zu gleicher Zeit auch 10 Compagnien ungarischer Nationalgarden in die genannte Festung disponirte.

Hierauf hat nun die Garnison nachstehende Erklärung an den dortigen Festungs-Commandanten, General-Major Baron Jovich, abgegeben.

Erklärung

des ganzen Officiercorps der k. k. Esseger Festungs-Garnison.

Auf die von dem Herrn Festungs-Commandanten, Generalmajor Baron Jovich, zufolge hohen königlichen ungarischen Kriegsministerial-Befehles dd. Verbasc den 30. August a. c. gestellte Aufforderung, so wie auf die Bekanntwerdung, daß in das Kro-

nenwerk das 8. ungarische Nationalbataillon verlegt werden soll, erklärt das ganze Officierscorps der hiesigen k. k. Militärgarnison hiermit frei und unumwunden, daß sie die Festung als ein kaiserliches Gut, als ein Gut der Gesamtmonarchie betrachte, welches in dem Parteikampfe zwischen Ungarn und Croatien für beide Theile als ein neutraler Boden zu betrachten und zu respectiren sey.

In diesem Sinne wird die ganze Garnison einstimmig, mit der treuesten Anhänglichkeit an den constitutionellen, allergnädigsten Kaiser und König, so wie an die Gesamtmonarchie, mit der größten Ausdauer bis auf den letzten Mann die Festung vertheidigen und jeden Angriff — werde er von den Ungarn oder Croaten ausgeführt — mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zurückweisen, so lange Se. Majestät, der Kaiser, nicht die Uebergabe an die eine oder andere Partei selbst anbefohlen sollte.

Nach diesem uns allein zur Richtschnur dienenden Sinne sehen wir einstimmig die Besetzung des Kronenwerkes durch ungarische Nationalbataillone und nicht kaiserlich-königliche Truppen als eine Verletzung der Neutralität und als eine Kriegserklärung gegen Croatien und die Gränztruppen an, gegen welche wir bei ihrer bewährten Treue und Anhänglichkeit für das allerhöchste Kaiserhaus, als unter einer Fahne mit uns kämpfende Waffenbrüder, nie kämpfen zu wollen uns hiemit einstimmig erklären.

Sollte jedoch Croatien ohne Veranlassung die Neutralität verletzen, so sehen wir dieses als einen feindlichen Act gegen Seine Majestät, den Kaiser, und die Gesamtmonarchie an, für welchen Fall wir die Feindseligkeit gegen Croatien erwidern und zu dem vorgenannten Zwecke die Nationalbataillone zuziehen werden.

Schließlich bitten wir ein k. k. löbliches Festungs-Commando hiemit ehrsüchtigst, diese unsere hier abgegebene gehorsamste Erklärung sowohl dem hohen k. k. österreichischen Ministerium zu Wien, so wie dem königl. ungarischen Ministerium zu Pesth mittelst Courier zur Kenntniß bringen zu wollen.

Esseg, am 31. August 1848.

Im Namen des Officiers-Corps vom Infanterie-Regimente Zanini Nr. 16.

Folgen die Unterschriften von 15 Oberofficieren verschiedener Truppen-Abtheilungen.

Pesth, 4. September Das Kriegsministerium hat von dem Major Ludwig Asboth folgenden Bericht erhalten:

„Szaska, 25. August. Am 19. Aug. rückte ein serbisches Corps von 1000 Mann, das über die Donau gesetzt war, gegen Berszaska vor. Seine Führer waren der Dobraer Capitän Radoiko und der Mihalovaczer Capitän Szimits, unter deren Commando am 22. August Morgens um halb 5 Uhr der Angriff auf Neumoldowa erfolgte. Die Besatzung des Ortes bildete eine Compagnie Nationalgarde. Capitän Radoiko, der die Vorhut der Serben zu Pferde anführte, wurde von unseren, von dem Lieutenant Somlai commandirten Vorposten niedergeschossen. Außer ihm fielen auf die erste Decharge noch zwei Serben. Auf den ersten Schuß eilte ich meinen in der Stadt unter Waffen stehenden zwei Abtheilungen meiner Vorposten zu Hilfe. Als wir aus dem Orte debouchirten, hatte sich der durch den kriegerischen Empfang eingeschüchterte Feind bereits zurückgezogen, und zwar nicht auf der geraden Straße, sondern mehr gegen die Berge zu. Ich beorderte daher die eine Abtheilung meiner Leute zur Verfolgung des Feindes und besetzte mit der zweiten und der inzwischen herbeigeeilten vierten Abtheilung den Kampfplatz. Nach einer halben Stunde kam der Feldwebel Bidovich, der die Insurgenten verfolgt hatte, mit dem Rapporte zurück, daß sich dieselben theils in den Waraderpaß, theils in die Gebirge geflüchtet hätten. Da während dieser Vorgänge ein neuer Angriff gegen Neumoldowa unternommen wurde, ließ ich eine halbe Compagnie als Vorposten auflösen und griff mit der übrigen Mannschaft den Gegner so heftig an, daß er bis zur ersten Mühle zurückgeschlagen wurde. Dort aber, als in einer sichern Position, setzten sich die Serben fest und empfingen meine Truppe mit einem so lebhaften Kreuzfeuer, daß sie trotz aller Entschlossenheit zurückweichen mußte. Eine tüchtige Kanonade bewog jedoch den Feind zum langsamen Rück-

zuge. Da ich aber keine Kartätschen, sondern nur sprühdige Kugeln zu versenden hatte, so rückte er nach dem ersten Schreck um so kühner vor. Gleichzeitig erhielt ich von den auf dem Berge aufgestellten Posten die Meldung, daß sich eine neue Colonne von 100 bis 150 Mann von Babakaj und Altmoldawa her näherte. Diese Diversion bewog mich, den Rückmarsch anzutreten, den ich auch ziemlich unbelästigt zurücklegte. Um 5 Uhr Nachmittags war ich bereits wieder in Szaska, eine serbische Fahne, einen Gefangenen und das Pferd des Capitäns Radoiko mitführend. Die Fahne und den Gefangenen schickte ich nach Draviza. Unsererseits zählten wir 3 Tödt und 12 Verwundete. Die Serben ließen außer ihrem Capitän 21 Tödt auf dem Schlachtfelde. Bei dieser Gelegenheit haben sich der Lieutenant Somlai, so wie auch der Hauptmann Fejer, die immer an der Spitze der Colonne standen, besonders ausgezeichnet. Mein kleines Corps stand durch volle 5 Stunden fortwährend im Feuer und wurde nur durch die im Rücken drohende Gefahr zum Rückzuge gezwungen. Die Stärke des Feindes mochte sich auf 400—500 Mann belaufen, darunter sich etwa 200 Serben befanden. Die Uebrigen waren wallachische und illyrische Gränzer. Neu-Moldowa wurde von den Serben ganz in Asche gelegt und barbarisch verwüstet. Die armen zurückgebliebenen Deutschen starben eines qualvollen Todes. Auch wurde die römisch-katholische, wie die griechisch-orthodoxe Kirche zerstört. Also lautet der Rapport des wackern Majors, der, wenn man zwischen den Zeilen zu lesen versteht, so gut geschlagen wurde, wie später Oberlieutenant Wäthli.

Das am 4. d. im „Közlöny“ mitgetheilte Bulletin rücksichtlich der Affaire bei Temerin und Jarek, leider hinsichtlich des Styles, in dem es geschrieben worden, an allen Symptomen einer bevorstehenden ägyptischen Finsterniß. Dem Inhalte nach erzählt es nichts weiter, als was ich bereits in meinem gestrigen Briefe mitgetheilt habe.

Der Dienst der Nationalgarde in Pesth wird täglich strenger. Die Ueberreste vom Infanterie-Regimente Turcsky sind nunmehr auch abgezogen und wir haben daher auch die Wache am Pulverturme zu beziehen. Jeder Gardist wartet jetzt mit Sehnsucht der Stunde, wo nach Beilegung der südlichen Wirren die projectirte Errichtung einer Municipalgarde nach Muster der Pariser, den friedlichen Bürger auf längere Zeit von der Last der Muskete befreit. Man hat so viel gegen die stehende Heere geschrieben. Der März 1848 war die thatsächliche Widerlegung aller dieser schönen Phrasen. Wir zählen hier Gardisten genug, welche für ihre Erzagelute monatlich 4 fl. C. M. zahlen, eine Steuer, welche hinreichte, ein kleines Armee-corps zu erhalten. Ein Guttes hat übrigens der angestrenzte Dienst; der Bürger lernt erkennen, daß der Soldat auch in Friedenszeiten ein hartes Los hat und nichts weniger als ein müßiger Zehrer unter den Mehreren der öffentlichen Wohlfahrt ist.

Die heutige Nummer des „Közlöny“ des ministeriellen Blattes, enthält nachstehende Erklärung: Wir sind ermächtigt zu erklären, daß die Nachricht, das österreichische Ministerium habe die Ausfuhr von Waffen nach Ungarn verboten, grundlos sey.

Lombard.-Venetianisches Königreich.

Briefe und Zeitungen aus Verona vom 28. August schildern übereinstimmend die Lage des Papstes als immer bedenklicher werdend. Fünf Cardinale hatten auf ein Mal die Stadt verlassen, nämlich: Gizzi, Ferretti, Ossini, Cambrascini und della Senga. Ein Gerücht mißt dem Cardinal Ferretti sogar den (sehr unwahrscheinlich klingenden) Plan bei, ein Conclave in Malta zusammenzurufen in der Absicht, dort zu einer neuen Papstwahl zu schreiten, im Falle der Stuhl des h. Petrus erledigt würde. In Verona machten diese Gerüchte großen Eindruck, „und viele der intelligenten Italiener“ — sagt der „Tyroler Bote“ — „sprechen jetzt ohne Rückhalt über die zweideutige Haltung des Papstes und sagen, er könne nichts Besseres für Staat und Kirche thun, als von dem päpstlichen Stuhle zurücktreten.“

Die neuesten Nachrichten aus Mailand vom 2. d. melden: F. M. E. Fürst Felix Schwarzenberg hat sich nach Verona begeben, um mit dem heute oder morgen hier erwarteten sardinischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Alfieri di Sostegno, der sich gleichfalls nach Verona begibt, zu verhandeln. Seine Stelle als commandirender General von Mailand hat einstweilen F. M. E. Graf Wimpffen übernommen. Obgleich Carl Albert noch unterm 28. August kriegerische Proclamationen an seine Armee und das Volk erließ, so glaubt man

fest, daß er noch vor Ablauf des Waffenstillstandes einen Separatfrieden, der allen Vermittelungen Englands und Frankreichs ein Ende macht, mit Oesterreich abschließen wird. — Die eroberte Fahne des berücktigten Garibaldi, welcher sich nach der Schweiz flüchtete, ist nach Mailand gebracht worden. Der Marschall wird sie nach Wien bringen lassen. Garibaldi war es, der die Mailänder mit einem Guerillakrieg verführte, hernach alle Dörfer brandschatzte, und sich zuletzt, nachdem F. M. E. d'Aspre seine Bande zerstreut hatte, mit dem vom Landvolke erbeuteten Geld nach Tessin davon machte. Die Fahne hatte der bekannte Gioberti von Rom gebracht.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 2. Sept. Nicht amtlich, sondern nur unter ihren neuesten Nachrichten meldet die „Fr. D. P. A. Z.“, daß Herr v. Bruck (bekanntlich der Deputirte von Triest und Vorsteher des österreichischen Lloyd) von der österreichischen Regierung zum Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt worden, und dem Erzherzog Reichsverweser sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat.

Cours vom 7. September 1848.

Staatsschuldverschreib.	zu 5 pCt. (in C. M.)	Mittelwerth
Detto	2 1/2	78 3/16
Wiener Stadt-Banco-Oblig.	zu 2 1/2 pCt.	50
Obligat. der allgem. und ungar. Hofkammer, der älteren lombardischen Eisenbahnen der in	zu 3 pCt.	—
Kloren und Wenna d. d. 1848	zu 2 1/2	40
neueren Anleihen	zu 3 1/2	—
Obligationen der Städte	Arar. (C. M.)	Domest. (C. M.)
o. Oesterreich unter und ob der Enns, von Sopron, Mähren, Schle-	zu 3 pCt.	50
den, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz und Triest	zu 3 1/2	—
Bank-Actien pr. 1075 Stück in C. M.		
Actien der österr. Donau-Dampfschiffahrt	zu 500 fl. C. M.	455 fl. in C. M.

Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 9. September 1848.

Ein Wiener Regen Weizen	4 fl.	53 1/2 fr.
— — — — —	— „	— „
— — — — —	— „	— „
— — — — —	2 „	56 1/2 „
— — — — —	— „	— „
— — — — —	— „	— „
— — — — —	1 „	36 „

K. K. Lottoziehungen.

In Graz am 6. September 1848:

62. 22. 85. 71. 29.

Die nächste Ziehung wird am 20. September 1848 in Graz gehalten werden.

In Wien am 6. September 1848:

19. 75. 23. 89. 81.

Die nächste Ziehung wird am 20. September 1848 in Wien gehalten werden.

Fremden-Anzeige

der hier Angekommenen und Abgereisten.

Am 8. September

Hr. Wilhelm de Negro, Handlungs-Agent, von Cilli nach Agram. — Hr. Ludwig Bregant, Handelsmann, von Görz nach Cilli. — Hr. Ignaz Steinbach, Handelsmann, von Padua nach Cilli. — Hr. Hieronymus Carano, Wäscher, von Treviso nach Cilli. — Hr. Anton Rocci, k. k. Professor und Dr. der Philosophie, — und Hr. Carl Freiherr Roszner de Roszener, k. k. Subernalrath und Kreishauptmann beide von Triest nach Wien.

Am 9. Hr. Ignaz Piller, Negotiant, von Triest. — Hr. Joseph Bunting, gewesener Fabriks-Director, nach Wien. — Hr. Philipp Belze, k. k. Obergerichter, nach Marburg. — Hr. Alphons Wiskak, k. k. Limenschiffs-Lieutenant, von Triest nach Cilli. — Frau Pauline Schelesnig, k. k. Controllors-Gattin, nach Graz.

Den 10. Hr. Joseph Montel, Negotiant und Wäscher, von Innsbruck nach Triest. — Hr. Leonhard Morgante, Negotiant und Wäscher, nach Görz. — Hr. Daniel Oswald, Kaufmann, von Waldenstein nach Triest. — Hr. Joseph Wollheim, Negotiant, nach Triest. — Hr. Wilhelm Eichler, k. k. Oberingenieur, von Cilli nach Triest.